

Herbstsynoden der evangelischen Landeskirchen

18. November 1981

Information Nr. 590/81 über die bisher durchgeführten Herbstsynoden evangelischer Landeskirchen in derDDR

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3186, Bl. 66–88 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner, Bellmann, Gysi – MfS: Mittig, Leiter HA XX, Schorm (ZAIG/1), Ablage.

Anlage

»Verlauf der Diskussion zum Bericht der Kirchenleitung auf der 4. Tagung der IX. Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen«.

Im Oktober/November 1981 fanden bisher sechs Herbstsynoden folgender evangelischer Landeskirchen in der DDR statt:

- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens (vom 17. bis 21.10.1981 in Dresden) ¹
- Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (vom 4. bis 8.11.1981 in Halle) ²
- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg (vom 5. bis 8.11.1981 in Schwerin)
- Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes (vom 6. bis 7.11.1981 in Görlitz)
- Evangelische Landeskirche Anhalt (vom 6. bis 8.11.1981 in Dessau)
- Evangelische Landeskirche Greifswald (vom 6. bis 8.11.1981 in Züssow)

Die zwei verbleibenden Herbstsynoden evangelischer Landeskirchen in der DDR tagen wie folgt:

- Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg vom 14. bis 16.11.1981 in Berlin; ³
- Evangelisch-Lutherische Kirche Thüringen vom 26. bis 29.11.1981 in Eisenach.

(Bis auf die Synode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagte, fanden alle Synodaltagungen in Anwesenheit der Referenten für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke und Städte statt.)

Ausländische ökumenische Gäste, besonders Vertreter der evangelischen »Partnerkirchen« aus Westberlin und der BRD (insgesamt 15 kirchliche Amtsträger), aber auch kirchliche Vertreter aus der VR Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der ČSSR waren bis auf die Görlitzer Synodaltagung auf allen Herbstsynoden vertreten.

In ihren Grußworten an die Synoden nutzten Vertreter der Kirchen in der BRD die Möglichkeit, politische Fragen anzusprechen. So wurde z. B. von Oberkirchenrat *Hahn*, Horst, (Vereinigte Protestantisch-Evangelisch-Christliche Kirche der Pfalz) ⁴ und Landeskirchenrat *Grunhaupt*, Siegfried (Evangelische Kirche von Westfalen) auf der Synodaltagung in Dessau erneut die Notwendigkeit der Festigung der »traditionellen Bindungen« der Kirchen in der BRD und der DDR unterstrichen. Es sei »eindrucksvoll, wie die Kirchen in diesem Zusammenhang immer deutlicher die früheren Bindungen zu Gesellschaft und Staat verlören und abbauten«. Dieser Vorgang stelle sich als »Befreiung« dar. Demgegenüber trat Präses *Dräger*, Hans-Rolf (Bremische Evangelische Kirche) auf der Synode in Züssow mit der Meinung auf, dass »ein Soldat, der seinen Dienst mit der Waffe leistet, in seinem Sinne auch Friedensdienst leiste«. *Dräger* stellte die Bewegung »Sozialer Friedensdienst« in der DDR ⁵ als »unakzeptabel« hin, ohne konkret auf sie Bezug zu nehmen.

Der in der DDR akkreditierte BRD-Korrespondent, *Roeder*, Hans-Jürgen, (epd) war auf den Synodaltagungen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden, der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle sowie der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg in Schwerin anwesend.

Roeder gab täglich ausführliche Berichte über die Synodaltagungen an seine Redaktion in Westberlin, in denen er alle während der Tagungen geäußerten politisch-negativen Meinungen kompakt und zum Teil von den Aussagen her detailliert zusammenfasste. Seine Berichte wurden in westlichen Medien u. a. unter folgenden politisch-verleumderischen Schlagzeilen veröffentlicht:

- »Synode in Halle: Besorgnis über Verhältnis zu Polen und Militarisierung« (epd – 5.11.1981)
- »Synode von Sachsen schlägt Alarm« (»Frankfurter Allgemeine« – 6.11.1981)
- »Handgranaten-Wurf in der 5. Klasse« (»Die Welt« – 6.11.1981)
- »Synode in Halle besorgt über Entwicklungen in der DDR« (»Tagesspiegel« – 6.11.1981)

Internen Hinweisen zufolge war *Roeder* bereits vor der Synodaltagung in Halle durch den Pressepfarrer *Steinhäuser* (Magdeburg) und mit Zustimmung des Oberkonsistorialrates Dr. *Schultze*⁶ (Magdeburg) vom Inhalt des Kirchenleitungsberichtes in Kenntnis gesetzt worden.⁷ Im Zusammenhang mit den Synodaltagungen wurden von für die Berichterstattung nicht zugelassenen BRD-Korrespondenten intensive Versuche unternommen, Informationen über Verlauf und Ergebnisse der Tagungen zu erlangen bzw. politisch-negativen Einfluss auf die Synoden zu nehmen.

So wurde intern bekannt, dass sich der in der DDR akkreditierte DPA-Korrespondent, *Jennerjahn*, am 6.11.1981 in Berlin mit der Mitarbeiterin der Pressestelle beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, [Name 1], traf, um Informationen über die Synodaltagungen zu erhalten. Der BRD-Korrespondent *Stadach* (Rheinische Post) versuchte, von kirchenleitenden Amtsträgern der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg⁸ Informationen zu erhalten und politisch-negativen Einfluss auf sie zu nehmen, indem er gegenüber dem MfS bekannten Personen aus dem kirchlichen Bereich in Schwerin über angeblich politisch-feindliche Aktivitäten während der Synodaltagung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle berichtete und analoge Beschlussfassungen feindlichen Inhalts durch die Mecklenburger Synode anregte.

Der Kulturattaché der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, *Staar*,⁹ und der politische Mitarbeiter der USA-Botschaft in der DDR, *Keaton*, nahmen an der Synodaltagung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle teil. Beide Diplomaten wurden durch die Synode begrüßt und erhielten offiziell Synodenmaterialien ausgehändigt.

Im Mittelpunkt aller Herbstsynoden standen nachgenannte Schwerpunkte:

- Diskussion zu den Berichten der Kirchenleitungen;
- Stellungnahme zu den »Eingaben« an die Synoden betreffs des »Sozialen Friedensdienstes«;¹⁰
- Diskussion und Beschlussfassung über die »Gemeinsame Entschließung« zur Herausbildung der Vereinigten Evangelischen Kirche (VEK)¹¹ der DDR;
- Neuwahl der Synodalen für die nächste Legislaturperiode der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR;
- innerkirchliche und theologische Probleme (Haushaltsplan 1982, Abendmahl, synodale Verantwortung, Wahl der Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche Anhalt, Verabschiedung des Bischofswahlgesetzes und Benennung des Bischofswahlkollegiums der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen usw.).

Im Zusammenhang mit der Verlesung der Kirchenleitungsberichte kam es besonders bei dem erstmalig in der Öffentlichkeit vorgetragenen, politische Fragen beinhaltenden Teil des Berichtes der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zu verleumderischen und diffamierenden Angriffen gegen die Politik von Partei und Regierung in solchen gesellschaftspolitischen Fragen, wie

- gegen »unfreundliche« Berichterstattung und Informationstätigkeit der DDR-Medien über die Lage in der VR Polen und das in diesem Zusammenhang entwickelte Feindbild;
- gegen die ablehnende Grundhaltung des sozialistischen Staates zur angestrebten Einrichtung des sogenannten »Sozialen Friedensdienstes«
- gegen die Volksbildung und Hochschulpolitik, insbesondere die kommunistische Erziehung, die sozialistische Wehrerziehung und die Neuregelung der Stipendienordnung;
- gegen die Friedenspolitik der sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR und der DDR;
- gegen die Sicherheitsorgane der DDR, speziell gegen ihre »Unverhältnismäßigkeit der Mittel gegenüber Jugendlichen«, wie z. B. bei »unangemessenen« Maßnahmen im Zusammenhang mit jugendlichen Touristen.

Diese politisch-negativen Aussagen des Kirchenleitungsberichtes fanden Unterstützung in den Diskussionsbeiträgen der Synodalen *Rudolph* (Merseburg), Pfarrer *Herfurth* (Calbe), Pfarrer *Schorlemmer*¹² (Wittenberg), Propst *Schmidt*¹³ (Stendal), Stud. med. *Pfarr* (Magdeburg), Superintendent *Jaeger*¹⁴ (Nordhausen) und Propst *Treu*¹⁵ (Wittenberg).

Mit besonders diffamierenden Äußerungen traten die Synodalen Pfarrer *Herfurth* und Pfarrer *Schorlemmer* auf, die erklärten, dass die Informationstätigkeit der DDR-Medien über die Situation in der VR Polen dem »alten Nazistil gleichkomme«, eine »SA-Methode« darstelle (Pfarrer *Herfurth*) und »das polnische Volk verspötte« sowie die Friedens- und Abrüstungsvorschläge der UdSSR als »taube Vorschläge des Herrn Breschnew«¹⁶ abwerteten (Pfarrer *Schorlemmer*). Durch Pfarrer *Schorlemmer* erfolgte in diesem Zusammenhang eine Solidarisierung mit der politischen Plattform der konterrevolutionären polnischen »Solidarność«.

Des Weiteren versuchte der Synodale Propst *Treu* sich verleumderisch durch die unüberprüfte Darstellung von Einzelbeispielen angeblicher Benachteiligung von christlich gebundenen Schülern in die Schulpolitik der DDR einzumischen.¹⁷

Gegen die Diskussionsbeiträge o. g. Synodaler traten lediglich der Synodale *Ebeling* (Groß Santerleben) und Propst Dr. *Hinz*¹⁸ (Magdeburg) mit loyalen Meinungsäußerungen auf.

In allen Synodaltagungen erfolgte auf der Grundlage der an die Synoden gerichteten »Eingaben« eine Erörterung der Problematik »Sozialer Friedensdienst«. In diesem Zusammenhang wurde in allen in der Zeit vom 4. bis 8.11.1981 durchgeführten Synodaltagungen über das am 23.10.1981 stattgefundene Gespräch zwischen Staatssekretär *Gysi* und Mitgliedern der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zur Problematik »Sozialer Friedensdienst« und die dort ausgesprochene, konsequente staatliche Haltung zu dieser Frage informiert.¹⁹

In den Synodaltagungen wurde nach einer kurz gehaltenen Plenumsdebatte die weitere Erörterung und Erarbeitung einer Beschlussvorlage zum »Sozialen Friedensdienst«²⁰ an die Berichtsausschüsse der Synoden verwiesen.

Lediglich durch die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen wurde ein spezieller Sonderausschuss »Friedensarbeit« (neun Mitglieder, darunter u. a. Propst *Falcke*²¹, Erfurt, Pfarrer *Schorlemmer*, Wittenberg, Stud. med. *Pfar*, Magdeburg) zur Erörterung dieser Frage gebildet.

(Der Vorschlag zur Bildung eines »Referates für Friedensarbeit« durch die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg zur Erörterung und Koordination der kirchlichen Jugendarbeit wurde aufgrund einer »bestehenden Gefahr zur Institutionalisierung« durch die Mehrheit der Synodalen abgelehnt. Desgleichen stieß der Vorschlag zur Bildung eines ständigen Ausschusses »Friedenserziehung« in der Evangelischen Landeskirche Greifswald auf Ablehnung.)

Durch die Bischöfe, kirchenleitenden Kräfte und viele Synodalen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen (Dresden), der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, der Evangelischen Landeskirche Anhalts und der Evangelischen Landeskirche Greifswald wurden in den Plenardebatten zum »Sozialen Friedensdienst« loyale Auffassungen vertreten und versucht, die Diskussionen zu dieser Problematik in realistischen Bahnen zu halten.

So betonten z. B. Landesbischof Dr. *Hempel*²² (Dresden), Oberlandeskirchenrat *Ihmels*²³ (Radebeul) und Präsident *Domsch*²⁴ (Dresden) auf der Synodaltagung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, dass durch den Staat bereits die Möglichkeit des Bausoldatendienstes gesetzlich geschaffen wurde und ihrer Meinung nach durch junge Christen noch nicht voll ausgeschöpft werde.

Daran angelehnt brachten auch die Synodalen Dr. *Hinze* (Dresden), Pfarrer Dr. *Kantler* (Freiberg) und Prof. *Amberg*²⁵ (Leipzig) ihr Unverständnis für die Initiative »Sozialer Friedensdienst« zum Ausdruck.

Des Weiteren erklärte z. B. Bischof Dr. *Wollstadt*²⁶ (Görlitz) auf der Synode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, dass man auch den Dienst mit der Waffe in der Hand als Friedensdienst betrachten müsse.

Durch derartiges realistisches Auftreten o. g. kirchenleitender Kräfte gelang es, in diesen Synodaltagungen politisch-negative Angriffe einzelner Synodaler zu paralisieren.

So wurden z. B. die Meinungsäußerungen des Synodalen der Görlitzer Synode, *Havenstein* (Daubitz, Kreis Weißwasser), dass er die Abwesenheit staatlicher Vertreter auf der Synodaltagung begrüße und daher eine Beeinflussung der Synode durch staatliche Einrichtungen gemindert sei, durch Bischof Dr. *Wollstadt* und Superintendent *Reichenbach* (Görlitz) zurückgewiesen.

Auch die Bemühungen *Havensteins*, in die durch den Berichtsausschuss erarbeitete Beschlussvorlage zum »Sozialen Friedensdienst« die Formulierung – »jeder Christ muss den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen« – einzubringen, scheiterte am aktiven Auftreten politisch-realistischer kirchlicher Kräfte.

Auch den politisch-realistischen Vertretern der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg gelang es, sich gegen fünf Synodale, u. a. *Utpatel*²⁷ (Rostock), Diakon *Beier* (Rostock), *Hubert* (Schwerin), die verbunden mit politisch-negativen Äußerungen für eine öffentliche Diskussion dieser Problematik im Plenum plädierten, durchzusetzen und die weitere Erörterung des Problemkreises »Sozialer Friedensdienst« dem Synodalausschuss zu übertragen.

Im Berichtsausschuss der Synode in Schwerin ging man aufgrund von »Missdeutungen« des Begriffs »Sozialer Friedensdienst« von dieser Bezeichnung ab und führte hierfür »Wehrersatzdienst im sozialen Bereich« ein. Mit diesem neuen Begriff soll nach neuen Gesprächsmöglichkeiten zwischen Staat und Kirche zur Realisierung der gesetzwidrigen Forderung zur Einrichtung eines »Sozialen Friedensdienstes« gesucht werden.

In ihren Festlegungen zum »Sozialen Friedensdienst« lehnten sich die Synoden in Dresden, Görlitz, Züssow, Dessau und Schwerin an den entsprechenden Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September 1981 in Güstrow²⁸ an. (Danach waren weitere Erörterungen zum »Sozialen Friedensdienst« an den Synodalausschuss verwiesen und damit zunächst aus dem Forum der Synode herausgelöst worden.) Analoge Antwortschreiben werden den Verfassern der »Eingaben« übermittelt.²⁹

Der Sonderausschuss »Friedensarbeit« der Synode in Halle erarbeitete einen von der Synode angenommenen Vorschlag zur Beschlussfassung, in dem trotz der erfolgten wiederholten Zurückweisung der ungesetzlichen kirchlichen Forderung nach Einrichtung eines »Sozialen Friedensdienstes« durch staatliche Einrichtungen an dieser verfassungswidrigen Forderung festgehalten wird. Des Weiteren werden in ihm Militärparaden, »Kriegsspielzeuge«, Zivilverteidigungsübungen und »gesperrte Wälder« als »nicht der wirklichen Sicherheit dienend« bezeichnet und einseitige militärische Vorleistungen der sozialistischen Länder (Reduzierung der SS-20-Raketen, Abbau der zahlenmäßigen Panzerüberlegenheit) gefordert.

Nach bisherigen Erkenntnissen wurden insgesamt 1 136 »Eingaben« mit 3 043 Unterschriften zur Problematik »Sozialer Friedensdienst« an o. g. sechs Synoden eingereicht. Aufgegliedert auf die einzelnen Landeskirchen ergibt sich folgender Stand:

Landeskirche	»Eingaben«	Unterschriften
Evangel.-Luth. Landeskirche Sachsen	808	2 252
Evangel. Kirche d. Kirchenprovinz Sachsen	188	537
Evangel.-Luth. Landeskirche Mecklenburg	119	149
Evangel. Kirche d. Görlitzer Kirchengebietes	11	90
Evangel. Landeskirche Greifswald	10	15
Evangel. Landeskirche Anhalt	–	–

Im Verlaufe der Synodaltagungen wurde von allen Synoden die »Gemeinsame Entschließung« zur Herausbildung der »Vereinigten Evangelischen Kirche« in der DDR angenommen und die Wahl der Synodalen für die nächste Legislaturperiode der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR durchgeführt.

Im Ergebnis der Synodaltagungen kam es in Schwerin und Halle zu weiteren politische Fragen beinhaltenden Beschlüssen:

In dem in Schwerin durch die Synode angenommenen Dokument wird unter Berücksichtigung der Diskussionsbeiträge der Synodalen Ingenieur *Vogt* (Rostock) und Dr. *Seite/Walow* (Röbel/Müritz) auf »Tendenzen einer Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR« sowie auf die »Gefahren der Verharmlosung eines eventuellen Atomkrieges« verwiesen und die Kirchenleitung beauftragt, in Gesprächen mit staatlichen Vertretern auf eine staatliche »Respektierung der Nichtteilnahme an Zivilverteidigungsübungen aus Gewissensgründen« hinzuwirken.

In Halle wurde ein *Beschluss* zur Lage in der VR Polen und zur »beschwerlichen« Berichterstattung über die aktuelle polnische Situation und die Feindbildentwicklung in den DDR-Medien verabschiedet.³⁰

In diesem Zusammenhang wurde ein »Brief an die Gemeinden« angenommen, in dem gegen »Tendenzen der Herabsetzung und der pauschalen Verurteilung der Polen« aufgetreten wird. Neben diesem Brief verabschiedete die Synode eine »gottesdienstliche Fürbitte, das Verhältnis zu Polen betreffend«.

Auf allen Synodaltagungen fand die von der Synode der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (BRD) – 2.–6.11.1981, Stuttgart – verabschiedete Denkschrift »Frieden wahren, fördern und erneuern« keine direkte Erwähnung.

Im Ergebnis des Verlaufs und der Beschlüsse der bisher durchgeführten sechs Herbstsynoden wird eingeschätzt, dass außer auf der Synodaltagung in Züssow, die sich primär mit innerkirchlichen und theologischen Fragen beschäftigte (Abendmahl, synodale Verantwortung), politische Fragen in allen Herbstsynoden in starkem Maße auf der Tagesordnung standen.

Dabei kam es in erster Linie auf der Synodaltagung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Halle) zu einer massiven politisch-negativen, den Kurs vom 6.3.1978 gefährdenden Polemik und Anfeindung gegenüber Grundlagen der Innen- und Außenpolitik von Partei und Regierung der DDR.³¹

In diesem Zusammenhang ist die in einem internen Kreis geäußerte Meinung von Bischof Dr. *Krusche*³² über das Gespräch mit dem Genossen Paul *Verner* beim Empfang in der Botschaft der UdSSR von Bedeutung.³³

Bischof Dr. *Krusche* erklärte, dass er sich »staatlicherseits nicht einschüchtern lasse«. Er glaube nicht an offensive Maßnahmen des Staates gegenüber seiner Kirche, da der Staat aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der gegenwärtigen Situation in der VR Polen derzeit dazu nicht in der Lage sei.

Andererseits wurde intern eingeschätzt, dass im Gegensatz zu früheren Synoden auf den Synodaltagungen in Dresden und Görlitz vor allem kirchenleitende Kräfte (Landesbischof Dr. *Hempel*,³⁴ Präsident *Domsch*, Bischof Dr. *Wollstadt*) realistischer in Erscheinung traten und durch loyale Haltungen offensichtlich bemüht waren, es zu keiner Konfrontation von Staat und Kirche kommen zu lassen.

Am 9.11.1981 fand in der Zeit von 11.00 bis 12.30 Uhr ein Pressegespräch beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR über den Verlauf der bisherigen Synoden statt.

An dem unter Leitung von Dr. *Demke*³⁵, Berlin (Leiter des Sekretariates des Bundes Evangelischer Kirchen/ BEK), Pfarrer *Günter*³⁶ (Leiter der Pressestelle beim BEK) und Pfarrer *Borgmann* (Leiter für Fernarbeit beim BEK) durchgeführten Pressegespräch nahmen neben DDR-Journalisten (ADN) »Neue Zeit«, ena, »Mecklenburgische Kirchenzeitung«, »Potsdamer Kirche«) folgende Vertreter westlicher Massenmedien teil:

- Roeder – (epd)
- Jennerjahn – (DPA)
- Lehmann – (ARD)
- Holz – (ZDF)
- Baum – (»Frankfurter Rundschau«)
- Nöldechen – (»Westfälische Rundschau«)
- Stadach – (»Rheinische Post«)
- Kempgen – (»Westdeutsche Allgemeine«)

Zu Beginn des Pressegespräches erklärten Oberkirchenrat Dr. Demke und Pfarrer Günter, dass es sich nicht um eine Pressekonferenz, sondern nur um ein Pressegespräch handele. Er forderte die Journalisten auf, sich nur auf die Beschlüsse der Synoden zu berufen. Ansonsten würden keine »Hintergrundinformationen« gegeben.

Daraufhin wurden von den anwesenden Pressereferenten der evangelischen Landeskirchen (Pfarrer Walter, Pfarrer Struck, Pfarrer Königer, Pfarrer Steinhäuser, Propst Treu) kurze Einschätzungen über den Verlauf und die Ergebnisse der Herbstsynoden gegeben. In der darauf folgenden Diskussion stellten die Vertreter westlicher Massenmedien ausschließlich politisch interessierende Fragen (Stellung zu Zivilverteidigungsübungen, kommunistische Erziehung, Journalistenzulassung), insbesondere bezogen auf die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Die Fragen wurden ausweichend beantwortet.

In der Anlage wird eine kurze Darstellung des Verlaufs der Diskussion zum Bericht der Kirchenleitung der Synode in Halle gegeben. Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage zur Information Nr. 590/81

Verlauf der Diskussion zum Bericht der Kirchenleitung auf der 4. Tagung der IX. Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Der Präses Höppner³⁷ eröffnete zum dritten Beratungstag der Synode (6.11.1981) die Aussprache und gab bekannt, dass zunächst über den Bericht der Kirchenleitung diskutiert werden solle. Er orientierte darauf, sofort mit Punkt 8 (Kinder, Schule und Elternhaus) die Diskussion zu eröffnen.

Als erster sprach der Synodale Rudolph, Merseburg. Dieser führte aus, dass die im Bericht angeführten »Diskriminierungen« von Christen nicht nur auf diese beschränkt betrachtet werden dürften; auch andere wurden diskriminiert, die nicht christlich gebunden seien; es sollte keine »Überbewertung« vorgenommen werden.

Pfarrer Herfurth, Calbe, führte u. a. aus, dass an der Schule in Calbe stets davon ausgegangen werde, »die Militarisierung weiter voranzutreiben«. Er unterstrich dies mit dem Beispiel der Durchführung von Appellen an der Schule, wo Schüler »stillstehen« müssten, bezog sich auf Lehrbücher sowie auf das Anlegen der Schutzmaske durch Schüler. Ferner führte er das Üben von Handgranatenweitwurf an. Missfallen äußerte er über das »Vorantreiben« der Feindbildvermittlung. Er stehe unter dem Eindruck, dass die Anzahl der geworbenen Offiziersbewerber Gradmesser für die Erziehungsarbeit seien und nicht die schulischen Leistungen. Er setzte sich mit »Problemen« der sozialistischen Kultur, Ethik und Moral sowie der Jugendkriminalität auseinander und betonte, diese Probleme würden von staatlicher Seite verschwiegen.

Präses Höppner lenkte nach diesem Beitrag die Diskussion auf den Punkt 9 des Kirchenleitungsberichtes (zur Situation der Jugendarbeit).

Propst Abel, Halle, rief die Synode auf, »neue Wege« zu beschreiten, die »offene Jugendarbeit« mit anderen Kirchengemeinden zu koordinieren und die Jugendarbeit weiter zu aktivieren.

Pfarrer Schorlemmer, Wittenberg, ging in seinem Beitrag auf die sogenannten Außenseiter in der Gesellschaft ein und forderte, mit diesen Menschen müsse gearbeitet werden. Er orientierte dabei auf notwendige Abstimmungen mit dem Staat, damit die Kirche nicht in falsches Licht gerückt werde und später auch eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen möglich werde.

Kritik übte er an der staatlichen Jugendarbeit und erklärte, aus dem Fehlen einer offenen staatlichen Jugendarbeit heraus resultiere der Zustrom Jugendlicher, Christen und Nichtchristen zur Kirche. Hierdurch würden Jugendpfarrer teilweise überfordert, und ihr aktives Wirken werde dahingehend verkannt, dass sie in das Blickfeld der Sicherheitsorgane gelangten.

Der Präses leitete danach auf den Punkt 10 des Kirchenleitungsberichtes (unsere Nachbarn) über.

Propst Schmidt, Stendal, äußerte sich zu dem Vorschlag im Kirchenleitungsbericht, einen Brief der Synode an den ökumenischen Rat der Kirchen zum Problem Polen zu senden. Er schlug vor, es sei wesentlicher, einen solchen Brief an die Gemeinden zu senden und in diesem u. a. auf die gemeinsame Geschichte des polnischen und deutschen Volkes zu verweisen, auf die Gemeinsamkeiten auf kulturellem Gebiet und die Tatsache, dass beide Völker gleichermaßen unter dem Faschismus zu leiden hatten.

Positiv wertete er die Aktion »Sühnezeichen«³⁸ und führte als Beispiel die Unterstützung der Kirche bei der Errichtung eines Kinderkrankenhauses in Warschau an. Er stellte, ausgehend von der gegenwärtigen Situation, die zwischen der VR Polen und der DDR abgeschlossenen Verträge infrage und brachte zum Ausdruck, dass dadurch die Bande der Freundschaft und Versöhnung zerreißen. Bestimmte Erscheinungen, wie sogenannte Polenwitze, würden eine Situation wie in den 30er Jahren versinnbildlichen. Man sollte jedoch in dem Brief an die Gemeinden keine Aussage zu den politischen Spannungen treffen, sondern viel mehr auf Sympathie für das polnische Volk, das für die Gerechtigkeit eintrete, orientieren. In gleicher Weise unterstrich er, Paket- und Briefkontakte nach Polen stärker zu entwickeln, wobei die Zollbestimmungen beachtet werden müssten. Dieses Anliegen müsse bei allen Menschen der DDR Verständnis finden. Der Brief an die Gemeinden sollte auch an den Rat der ökumenischen Kirchen und an den Metropoliten von Warschau und ganz Polen gerichtet werden. Pfarrer *Herfurth*, Calbe, brachte zur Informationstätigkeit der DDR-Medien über die Situation in der VR Polen zum Ausdruck, sie käme dem alten »Nazistil« gleich; er bezeichnete diese als SA-Methode. Er würde begrüßen, wenn in allen sozialistischen Staaten eine offene Diskussion zur weiteren Gestaltung des Sozialismus geführt würde. Er betonte, dass es den Polen nicht nur um Essen und Trinken, sondern vielmehr um die Umgestaltung des Landes gehe.

Pfarrer *Gessner*, Halle, schlug vor, dass am Bußtag (18.11.1981) nicht nur das Friedensgebet gesprochen wird, sondern auch der Brief, den Propst *Schmidt* anregte, zur Verlesung komme.

Der Synodale *Ebeling*, Groß Santerleben, führte aus, er kenne Polen genau und forderte auf, äußerste »Zurückhaltung« zu üben.

An dieser Stelle unterbrach der Präses die Debatte und forderte Pfarrer *Schorlemmer*, Wittenberg, auf, seinen Antrag an die Synode zur Polenproblematik zu verlesen. *Schorlemmer* betonte in diesem Zusammenhang, er sei froh, dass »auch andere sich nicht scheuen«, zu Polen etwas zu sagen, auch wenn sie damit als Konterrevolutionäre in Verdacht kämen. Er kenne Polen und stelle die Frage, »Wie reagieren nun die Polen auf unsere Presse?« Sch. forderte dazu auf, offen darüber zu reden, damit später kein Schuldbekenntnis abgelegt werden müsse. Der Gewerkschaftsbewegung in Polen würden bereits neun Millionen Menschen angehören, welche Arbeiter sind. Man könne deshalb nicht davon reden, dass es nur eine kleine Gruppe ist. Unsere Presse verspottete das polnische Volk. Sch. habe deshalb bereits eine Kritik an das »ND« gerichtet, woraus er einige Passagen vorlas. Er regte die Synodalen zu Eingaben an die Presseorgane an und forderte dazu auf, weiterhin mit allen Menschen in der DDR den Dialog über Polen zu führen. Der Sozialismus in Polen wäre umkehrbar. Abschließend äußerte Sch., er würde auch gesünder leben, wenn er sich wie die meisten Bürger verhalten würde, nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, nichts lesen.

Im Anschluss daran ließ Präses *Höppner* über den Antrag *Schorlemmers* an die Synode abstimmen. Bis auf zwei Stimmenthaltungen stimmten alle Anwesenden diesem Antrag zu.

Danach rief Präses *Höppner* zum Punkt 11 des Kirchenleitungsberichtes (Verantwortung für den Frieden) auf.

Der Jungsynodale *Pfarr*, Magdeburg (Student der Medizinischen Akademie Magdeburg) ging davon aus, dass die ESG Magdeburg einen Arbeitskreis »Frieden« gebildet habe. Er führte die Veranstaltung der ESG am 9.7.1981 an und betonte, der Staat würde sich in diese Veranstaltung einmischen, indem er den geplanten Friedensmarsch der ESG-Mitglieder untersagte. Der Arbeitskreis »Frieden« konzentrierte sich jetzt darauf, Hilfsaktionen für Polen zu entwickeln.

Weiterhin sprach sich Pf. gegen die Neuregelung der Stipendienordnung³⁹ aus, da diese die Vorgabe des Leistungsstipendiums von der Teilnahme an der militärischen Ausbildung sowie der Verpflichtung als Reserveoffizier abhängig mache und somit »Gewissenszwänge« hervorrufe. Anschließend kritisierte Pf. die Argumentation des Staatssekretärs für Kirchenfragen zur Problematik »Sozialer Friedensdienst«.⁴⁰ Propst *Falcke*, Erfurt, würdigte die Initiative »Sozialer Friedensdienst« als ein »Zeichen großer Hoffnung« und bezeichnete sie als Beitrag der Jugendbewegung.

Studentenpfarrer *Noack*,⁴¹ Merseburg, regte an, dass sich die Synode und alle evangelischen Christen bei der Behandlung der Problematik »Sozialer Friedensdienst« die Modelle Holland und BRD zu eigen machen sollten, wobei eine stärkere Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Kirchen erforderlich sei.

Superintendent *Jaeger*,⁴² Nordhausen, bejahte den »Sozialen Friedensdienst«, betonte aber auch, dass der Staat zu wenig Spielraum habe, begründet durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und den Druck der USA auf die Hochrüstung. Die weitere Militarisierung der Gesellschaft in der DDR sieht er als totalitär an. Seinen Ausdruck findet das in der Ausbildung von Reserveoffizieren, in der ZV-Ausbildung⁴³ und in der »kleinen Wehrpflicht« (GST-Ausbildung).

Vor der Mittagspause zog sich die Kirchenleitung zurück, um den abschließenden Beitrag Bischof *Krusches* zu dieser Plenarsitzung abzustimmen.

Nach der Mittagspause wurde die Debatte durch Propst Dr. *Hinz*, Magdeburg, fortgesetzt. Er äußerte: »Ich verweise auf den Beschluss der 5. Tagung der Bundessynode und möchte, dass das Wort ›Holocaust‹ in der Kirchenprovinz Sachsen nicht Verwendung findet, dass es Ganzvernichtung heißt und im 3. Reich auf die Vernichtung der Juden gerichtet war. An dieser Stelle soll verwendet werden ›atomarer Völkermord‹.«

Die Möglichkeit des atomaren Krieges wäre näher gerückt; er bezog sich dabei auf das Interview des Genossen Breschnew mit dem »Spiegel«.⁴⁴ Er unterbreitete den Vorschlag, der Berichtsausschuss sollte berücksichtigen, dass die DDR die Sicherheitsbedürfnisse beachten müsse. Darauf sollte auch durch die Kirche Einfluss genommen werden.

Synodale *Schwarzkopf*, Hettstedt, unterbreitete der Synode 3 Vorschläge:

- Zum 1. Advent sollte ein Hirtenbrief erarbeitet und in allen Kirchen verlesen werden,
- mit den Initiatoren der »Eingaben« »Sozialer Friedensdienst« durch die Kirchenleitung ein Treffen durchzuführen und die Probleme zu klären
- einen Sonderausschuss der Synode zur Behandlung der »Friedens«-Problematik zu bilden.

Frau *Hoffmann*, Salzwedel, äußerte, man müsse dem Staat nachhaltiger klarmachen, dass die Zukunft im Frieden liegt und nicht in der Rüstung.

Pfarrer *Schorlemmer*, Wittenberg, nahm zu seinem Antrag zur Befürwortung des »Sozialen Friedensdienstes« durch die Synode Stellung. Er brachte zum Ausdruck, dass der Staat zwar sage, man versuche mit »Sozialem Friedensdienst« den Staat zu untergraben. Es sei jedoch »beschämend«, wenn im »ND« ein »Stern« abgedruckt worden wäre, aus dem die Lage atomarer Sprengköpfe auf dem Territorium der BRD zu ersehen gewesen sei. Es stelle sich die Frage, wie es in der DDR sei. Es werde nur von USA-Raketen gesprochen, als wenn es in der SU keine gäbe. Es müsste die Frage gestellt werden nach den Ursachen der Aufrüstung, denn gegenwärtig weise alles auf die USA hin, aber von der SU werde die Existenz der SS-20-Raketen niemals bestritten.

So auch von Herrn *Breschnew* auf dem Parteitag nicht. Deshalb blieben die Vorschläge des Herrn *Breschnew* »taube Vorschläge«. Wir sollten uns aber nicht auf andere Regierungen, sondern auf unsere Regierung konzentrieren und das holländische Beispiel nicht nur beklatschen, sondern nach eigenen Wegen suchen. Die Logik in beiden deutschen Staaten wäre die gleiche, bewaffneter Schutz des Staates sei Friedensdienst. Er unterbreitete den Vorschlag, »Eingaben« zukünftig an die Volkskammer zu schicken.

Präses *Höppner* gab bekannt, dass 537 »Eingaben« zum »Sozialen Friedensdienst« an die Synode, überwiegend von Jugendlichen, Rüstzeitgruppen, u. a. gerichtet wurden. Er unterbreitete einen Vorschlag des Präsidiums der Synode, der die Bildung eines Sonderausschusses »Frieden« für die Bearbeitung dieser »Eingaben« beinhaltet. Diesem Sonderausschuss gehören die Synodalen

- Propst *Falcke*, Erfurt
- Pfarrer *Hoffmann*, Salzwedel
- Pfarrer *Schorlemmer*, Wittenberg
- Dr. *Runge*, Halle-Neustadt
- Dr. *König*, Erfurt
- Pfarrer *Stauss*, Magdeburg an.

Bischof *Krusche* bewertete den »Sozialen Friedensdienst« als ein ausgesprochenes »Hoffnungszeichen« und hoffe, dass für keinen Nachteile entstehen, die auf der Synode gesprochen hätten, denn es seien »keine Angriffe« gegen den Staat erfolgt. Mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen sei ein Gespräch über die kommunistische Erziehung geplant gewesen, was jedoch von diesem abgelehnt worden sei. Er habe vorgeschlagen, über die sozialistische Lebensweise unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Pädagogen zu sprechen. Es sei das Einverständnis gegeben worden, dabei die kommunistische Erziehung mit zu behandeln.⁴⁵

Auf die Darlegungen des Synodalen *Treu* eingehend (der im Plenum über folgende zwei Vorgänge berichtete:

- einem Jugendlichen sei der Lehrvertrag im VEB Robotron Bad Liebenwerda versagt, da er aus konfessionellen Gründen nicht der FDJ und GST angehöre und vom Betrieb als Aufnahmebedingung eine aktive gesellschaftliche Arbeit und mögliche Verpflichtung als Bedingung ges würden;
- eine Schülerin der 11. Klasse einer EOS in Bitterfeld habe sich taufen lassen und sei daraufhin von der Schuldirektorin wegen der Unvereinbarkeit dieser Handlung mit ihrer Mitgliedschaft in der FDJ dazu angehalten ihren Antrag auf Schulentlassung zu stellen. Die Schülerin handelte gegen den elterlichen Willen und wandte sich deshalb an die Junge Gemeinde, die dieses Problem in einem Brief an die Synode berichtet habe.)

brachte *Krusche* die »Befürchtung« zum Ausdruck, dass dies keine Einzelfälle mehr wären. Er sehe die gesamten Probleme »ganz ernst«, deshalb müsse eine Klarstellung erfolgen. »Sonst sind wir in dem 5.3.1978⁴⁶ enttäuscht worden. Was in Bitterfeld geschehen ist, hat mir die Sprache verschlagen, es hat mit Verfassungswirklichkeit nichts mehr zu tun.«

Oberkonsistorialrätin *Dudey*,⁴⁷ Magdeburg, äußerte sich sehr bewegt über »die vielen Schmerzen der jungen Menschen« im Beruf und im persönlichen Leben. Sie forderte »Annahme und Lebenshilfe« und keine Sanktionen für die Jugend. Sie sprach sich für eine stärkere Durchführung der offenen Jugendarbeit aus.

Bischof *Krusche* informierte, dass der Staatssekretär für Kirchenfragen am 23.10.1981 mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung ein Gespräch geführt habe. Hier sei dem Staatssekretär erläutert worden, dass »Sozialer Friedensdienst« ein Weg der Kirche zur Rettung des Friedens sei. Der Staatssekretär habe erklärt, dass sich die evangelische Kirche an der Grenze der Möglichkeiten befinde und habe die Notwendigkeit des Wehrdienstes erläutert.

Der Kirche seien keine »unlauteren Motive« unterstellt worden. Dieses Gespräch sei als nicht abgeschlossen vom Staatssekretär bezeichnet worden. *Krusche* sagte: »Ich bin froh, dass dieses Gespräch vor der Synode stattgefunden hat, auch wenn die Antwort des Staatssekretärs enttäuschend war, auch sollten wir die Hoffnung nicht aufgeben.« Er vertrat die Meinung, auf gesetzlicher Grundlage den Klärungsprozess weiterzuführen.

Die Kirche sollte aber auch dafür sorgen, dass Bausoldaten nicht diskriminiert werden.

Propst *Falcke*, Erfurt, schloss diese Diskussion mit einem abgewandelten Zitat aus dem Manifest der kommunistischen Partei »ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Pazifismus«⁴⁸. Er nannte vier Probleme, die in der gegenwärtigen Politik eine wesentliche Rolle spielen:

- Die Rüstung rennt der Politik davon
- Der Clinch des Sicherheitsdenkens
- Rüstung und 3. Welt
- Frieden ist vor allem Sache der Jugend, deshalb sollten die Initiativen nicht kaputtgemacht werden.

1

Vgl. Information [551/81](#).

2

Vgl. Bericht der Kirchenleitung auf der 4. Tagung der IX. Synode. In: Schultze, Harald (Hg.): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung zu den Tagungen der Provinzialsynode 1946–1989. Göttingen 2005 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte: Quellen; 10), S. 413–426.

3

Vgl. Information [600/81](#).

4

Gemeint ist die Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche).

5

Die Forderung nach einer Alternative zum Militärdienst bei der NVA, die über den nur waffenlosen Dienst als Bausoldat hinausgeht und tatsächlich zivilen und sozialen Charakter trüge, war 1980 von Christoph Wonneberger mit den Mitgliedern seines Friedenskreises in einem Aufruf an die Volkskammer, einen »Sozialen Friedensdienstes« (SoFd) einzuführen, formuliert und als Rundbrief bekannt gemacht worden. Vgl. Schwab, Uwe (Hg.): Pfarrer Christoph Wonneberger. Berlin 2014, S. 79–81; Silomon, Anke: Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982. Göttingen 1999; Brauckmann, Roland: »Der Friede muß nicht bewaffnet sein!« Die Zersetzung des »Sozialen Friedensdienstes« 1980–1986 in Dresden durch Partei und MfS. In: Horch und Guck 4(1995)15, S. 27–29.

6

Harald Schultze, Jg. 1934, Theologe, 1967–73 Professor für Systematische und Praktische Theologie an der kirchlichen Hochschule Naumburg, 1974–86 Dezernent für theologische und politische Grundsatzfragen im Magdeburger Konsistorium, 1986–91 Professor für Systematische und Praktische Theologie an der kirchlichen Hochschule Ostberlin.

7

Hans-Peter Steinhäuser, Jg. 1932, Pressepfarrer der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, bestätigt, »ein vertrauensvolles Verhältnis zu Roeder gehabt« zu haben: »Seine Berichterstattung war korrekt, unvoreingenommen und vor allem frei von Sensationsgier und Indiskretionen. [...] er war sich sehr wohl bewusst, wie schmal der Grat war, auf dem er tätig war.« Brief Steinhäusers an den Bearbeiter v. 23.4.2015.

8

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg war eine von acht Landeskirchen, die sich im Bund Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) zusammengeschlossen hatten.

9

Winfried Staar, Jg. 1930, Ministerialrat, 1976 Referent für Kultur und Sport in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin.

10

Bis Ende 1981 gingen auf allen Landessynoden mehr als 12 000 Eingaben zum SoFd ein. Allein zur sächsischen Herbstsynode wurden ca. 800 Eingaben mit mehr als 2 000 Unterschriften eingereicht. SED-Generalsekretär Honecker schätzte diese Initiative in einem Fernschreiben an die SED-Bezirksleitungen als »staats-, verfassungs- und friedensfeindlich« ein. Vgl. Fernschreiben Honeckers v. 10.11.1981; BArch DY 30/2196. Siehe auch den Diskussionsbeitrag des 1. Sekretärs des SED-Bezirksleitung Cottbus auf der 3. Tagung des ZK der SED. In: ND v. 21./22.11.1981.

11

Anfang der 1980er Jahre gab es mehrere Versuche, den nur losen Kirchenbund von acht evangelischen Landeskirchen im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) organisatorisch und theologisch fester zusammenzufügen und als Vereinigte Evangelische Kirche (VEK) in größerer Geschlossenheit dem Staat gegenüber aufzutreten. Dieses Projekt wurde auf fast allen Frühjahrs- und Herbstsynoden im Jahre 1981 diskutiert. Es scheiterte 1983 endgültig am Widerstand der Berlin-Brandenburgischen Kirche. Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 450–452.

12

Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, Pfarrer, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schlosskirche Wittenberg.

13

Eberhard Schmidt, Jg. 1929, Pfarrer, 1980–94 Propst des Sprengels Altmark.

14

Im Original: »Jäger«. Joachim Jaeger, Jg. 1935, Pfarrer, 1977–94 Superintendent in Nordhausen.

15

Hans Treu, Jg. 1933, Pfarrer, 1976–97 Propst in Wittenberg.

16

Breschnew hatte auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU eine Reihe von Abrüstungsvorschlägen unterbreitet. Dazu gehörte u. a. eine Vereinbarung über ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR unter Einbeziehung der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in Europa auf dem vorhandenen Stand. Außerdem schlug Breschnew eine Vereinbarung über eine Begrenzung von neuen U-Booten der USA und der UdSSR vor. Vgl. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. In: Presse der Sowjetunion (KPdSU): XXVI. Parteitag der KPdSU. Berlin 1981, Nr. 5, S. 14–16.

17

Am 10.11.1981 informierte das für Kirchenfragen zuständige Politbüromitglied Paul Verner Generalsekretär Honecker über die bis dahin stattgefundenen Synodaltagungen. Dabei ging er ganz besonders auf die Synode der Kirchenprovinz Sachsen und die »aktive Rolle« von Bischof Krusche ein. Nach Rücksprache mit Staatssekretär Gysi schlug Verner dem Generalsekretär ein Gespräch zwischen Gysi und Krusche, Unterredungen mit allen Bischöfen auf Bezirksebene und eine durch Staatssekretär Gysi veranlasste Breitenarbeit mit Pfarrern und Synodalen im Gebiet der Kirchenprovinz Sachsen vor. Vgl. Verner an Honecker: ZK-Hausmitteilung v. 10.11.1981; BArch DO 4/427. Honecker reagierte noch am gleichen Tag auf diesen Bericht mit einem Telegramm an die 1. Sekretäre der SED Bezirks- und Kreisleitungen. Auf den Synoden seien »provokatorische Angriffe gegen die Politik unseres Staates und die sozialistische Gesetzlichkeit [erfolgt]. In besonders krassem Ausmaß geschah dies auf der Synode der Kirchenprovinz Sachsen.« Honecker spricht von gesetzwidrigen Forderungen auf diesen Synoden. Der SoFd richtete sich »gegen die in der Verfassung festgelegte Wehrpflicht«. Weitere Forderungen, wie das Verlangen nach einseitigen Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion, stammten Honecker zufolge aus »dem Arsenal der Imperialisten«. Darüber hinaus kritisierte der SED-Generalsekretär kirchliche Anfragen an das Bildungssystem, die er als Einmischung in rein staatliche Angelegenheiten zurückwies, sowie die Berichterstattung über die Lage in Polen durch DDR-Medien. Die sogenannten realistischen Kreise unter den Bischöfen und an der kirchlichen Basis müssten wieder die Oberhand gewinnen. Vgl. Fernschreiben Honeckers v. 10.11.1981; BArch DY 30/2196.

18

Christoph Hinz, Jg. 1928, Pfarrer, 1978–86 Propst des Sprengels Magdeburg.

19

Am 23.10.1981 machte Staatssekretär Gysi der Abordnung der KKL deutlich, dass der Staat in Sachen Sozialer Friedensdienst zu keinen Verhandlungen bereit sei. Auch in der Frage einer möglichen Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten von Bausoldaten gebe es nichts zu verhandeln. »Natürlich seien Staat und Kirche über viele Fragen im Gespräch, aber in den Kirchen dürfe man das nicht in Verbindung mit Illusionen bringen, als könne sich an der dargestellten grundsätzlichen Haltung des Staates etwas ändern.« Vgl. BArch DY 30/IV B2/14/42.

20

Zur Genese des »Sozialen Friedensdienstes« vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1998, S. 389 (erwähnte Beschlussvorlage im Anhang von Information [600/81](#)).

21

Heino Falcke, Jg. 1929, Pfarrer, 1963–73 Rektor des Predigerseminars der Evangelischen Kirche der Union in Gnadau (Bezirk Magdeburg), 1974–87 Vorsitzender des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft des BEK.

22

Johannes Hempel, Jg. 1929, 1971–94 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens, 1982–86 Vorsitzender des BEK, 1983–86 Leitender Bischof der VELKD.

23

Folkert Ihmels, Jg. 1928, Pfarrer, 1977–83 Oberlandeskirchenrat im Landeskirchenamt der Sächsischen Landeskirche.

24

Kurt Domsch, Jg. 1928, Jurist und Bauingenieur, 1975–89 Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

25

Ernst-Heinz Amberg, Jg. 1927, 1969–92 Professor für systematische Theologie an der Universität Leipzig, 1970–90 Mitglied der sächsischen Landessynode.

26

Hanns-Joachim Wollstadt, Jg. 1929, Pfarrer, 1979–85 Bischof der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes.

27

Henning Utpatel, Jg. 1957, Pfarrer, leitete an der ESG Rostock den Arbeitskreis »Erziehung zum Frieden«; vgl. Halbrock, Christian: »Freiheit heißt, die Angst verlieren«. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock. Göttingen 2014, S. 306–403.

28

Vgl. Information [496/81](#).

29

Zu den Reaktionen auf die Forderung nach einem SoFd bei den einzelnen Synodaltagungen vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, S. 390–395.

30

Bereits seit dem Herbst 1980 wurde die DDR-Bevölkerung im Hinblick auf das Ausmaß der Streiks, Streikgebiete, Forderungen, Zugeständnisse und erzielte Verhandlungsergebnisse nur noch unzureichend und zugleich tendenziös informiert. Stattdessen gab die DDR-Presse die Notwendigkeit der Verstärkung der inneren Sicherheit zu erkennen und verwies auf die zukünftigen ökonomischen Schwierigkeiten und auf die unvermeidliche Belastung der Ost-West-Beziehungen. Angriffe gegen die Solidarność und im weiteren Verlauf auch gegen die PVAP nahmen ständig zu. Vgl. Olschowsky, Burkhard: Einvernehmen und Konflikt. Osnabrück 2005, S. 104–106.

31

Laut Horst Dohlus (Staatssekretariat für Kirchenfragen) habe »Dr. Krusche während der provinz-sächsischen Synode Aussagen zugelassen bzw. mitverantwortet, die zu einer erheblichen Belastung des Verhältnisses von Staat und Kirche führten«. Vgl. Leitungsinformation 6/81; BArch DO 4/410.

32

Werner Krusche, Jg. 1917, Pfarrer, 1968–83 Bischof der Evangelischen Kirche in der Kirchenprovinz Sachsen, 1981–83 Vorsitzender des BEK.

33

Bischof Krusche hatte während des Empfangs der Sowjetischen Botschaft am 6.11.1981 ein Gespräch mit dem Politbüromitglied Paul Verner. In diesem Gespräch habe er »die Schulfrage [als] die Testfrage für die Gültigkeit der Verabredung vom 6.3.1978« gestellt. Vgl. Vermerk Forck über Bischofskonvent am 16.12.1981; EZA Berlin, 101/1190.

34

Johannes Hempel, Jg. 1929, 1971–94 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens, 1982–86 Vorsitzender des BEK, 1983–86 Leitender Bischof der VELKD.

35

Christoph Demke, Jg. 1935, 1981–83 Leiter der Theologischen Kommission im Sekretariat des BEK, 1983–97 Bischof von Magdeburg und Leiter der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

36

Rolf-Diether Günter, Jg. 1933, Pfarrer, seit 1969 Pressesprecher des BEK.

37

Reinhard Höppner, Jg. 1948, Mathematiker, 1971–89 Lektor für Mathematikliteratur im Akademie Verlag Berlin, ehrenamtlicher Synodaler der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, 1994–2002 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

38

Die »Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.« (ASF – Bundesrepublik) bzw. »Aktion Sühnezeichen« (ASZ – DDR) ist eine 1958 auf der Synode der EKD gegründete Aktionsgemeinschaft. Ursprünglich eine gesamtdeutsche Gründung, entwickelten sich aufgrund der Spaltung Deutschlands zwei Organisationen. Schwerpunkt der Arbeit sind Freiwilligendienste im Bereich der Erinnerungs- und Sozialarbeit im In- und Ausland, insbesondere in Ländern, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten haben. Ab 1981 konnte auch die Anzahl der Sommerlager in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück und Nordhausen-Dora erweitert werden. Sühnezeichen-Gruppen waren ab dieser Zeit auch an der Erhaltung und Wiederherstellung von jüdischen Friedhöfen in fast allen Regionen der DDR beteiligt. Staatlicherseits standen die Sommerlager der Aktion »Sühnezeichen« im benachbarten Polen und der ČSSR im Widerspruch zu der offiziellen Auffassung der DDR als antifaschistischer Staat.

39

Verordnung über die Gewährung von Stipendien an Direktstudenten der Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik – Stipendienverordnung – v. 11.6.1981; GBl. I 1981, S. 229 f.

40

Bei einem Vortrag vor Berliner Theologiestudenten am 12.9.1981 hatte der Staatssekretär für Kirchenfragen massive Kritik an der Forderung nach einem SoFd geübt. »Das wäre unter unseren Bedingungen die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht ... ›Sozialer Friedensdienst‹ – das Wort würde bedeuten, dass der Dienst mit der Waffe in der NVA ›antisozialer Kriegsdienst‹ wäre ... Wer mit dieser klaren Stellungnahme des Staates nicht einverstanden ist, zeigt damit, dass es ihm um Konfrontation geht.« Vgl. Büscher, Wolfgang: Geschichte als Denk- und Spielraum. In: KiS 10(1984)1, sowie auch Treffen Gysis mit Vertretern der KKL bei: Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 405 f.

41
Axel Noack, Jg. 1949, Pfarrer, 1978–85 Studenten- und Kreisjugendpfarrer in Merseburg.

42
Im Original: »Jäger«. Joachim Jaeger, Jg. 1935, Pfarrer, 1977–86 Superintendent in Nordhausen.

43
Zur Zivilverteidigungsausbildung gehörten Brandschutzalarmübungen, Übungen zum Verhalten bei Katastrophengefahr, die Vermittlung von Kenntnissen in der Selbsthilfe, der gegenseitigen Hilfe und »Ersten Hilfe« sowie Grundlegendes zum Arbeitsschutz, aber auch allgemeiner militärischer, wenn auch waffenloser Drill. Vgl. Im Dienst der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 569–571.

44
Vgl. Spiegel-Interview mit Leonid Breschnew: »Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...«. In: Der Spiegel v. 2.11.1981.

45
Staatssekretär Gysi hatte am 23. Oktober in dem Gespräch mit der KKL kategorisch erklärt, dass es keine Gespräche mit dem Ministerium für Volksbildung geben werden. Vgl. BArch DY 30/IV B2/14/42.

46
Es muss 6.3.1978 heißen und bezieht sich auf ein Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker, in dem das weitere Verhältnis von Kirche und Staat erörtert wurde. Zum Inhalt dieser Zusammenkunft siehe Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 243–246.

47
Irmgard Dudey, Jg. 1922, Pfarrerin, Oberkonsistorialrätin, 1978–82 im Konsistorium Magdeburg für Kinder- und Jugendarbeit zuständig.

48
Das Originalzitat lautet: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.« Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der kommunistischen Partei. In: Dies.: Werke. Bd. 4, Berlin 1977, S. 461.